

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Radio- und Fernsehgesetz vor dem Zieleinlauf

Die Herbstsession der eidgenössischen Räte stand im Zeichen zweier Hauptgeschäfte, die auf unterschiedliche Art von grosser Brisanz waren. Das Sofortprogramm für eine griffigere Bodenpolitik wurde zwar mit grosser parlamentarischer Disziplin in beiden Kammern durchgepeitscht, hinterlässt aber trotzdem zwiespältige Gefühle. Das Bodenproblem ist geprägt durch eine permanente, aus objektiven Gründen nicht korrigierbare Mangelsituation auf der Angebotsseite, mit der sich unser marktwirtschaftliches System schwertut. Staatliche Eingriffe aber kollidieren dabei mit einem zentralen Prinzip unserer liberalen Gesellschaft, dem Recht auf Eigentum. Dieses Dilemma wird nie zu allseitiger Zufriedenheit bewältigt werden können.

Bessere Gefühle hinterlässt das zweite Hauptgeschäft der Session, das vom Nationalrat verabschiedete Radio- und Fernsehgesetz, das eine mehr als dreissigjährige Entstehungsgeschichte hinter sich hat. Auch hier musste in einem Spannungsfeld von ausserordentlicher Brisanz, jenem zwischen der Meinungs- und Informationsfreiheit einerseits und den zentralen staatspolitischen Erfordernissen einer ausreichenden informativen Grundversorgung der Gesamtbevölkerung andererseits, legiferiert werden. Da die bisherigen Regelungen lediglich auf einer Konzession des Bundes aus dem Jahre 1931 basierten, war dieses Gesetz angesichts der Bedeutung der Medien in der heutigen Zeit schon aus rechts-

politischen Gründen längst überfällig. Darüber hinaus aber galt es neben verschiedenen gewichtigen Einzelaspekten wie der Werbung oder dem Beschwerdewesen vor allem auch das Kernproblem einer angemessenen, definitiven Brechung des bisherigen SRG-Monopols gesetzgeberisch zu lösen.

Die parlamentarischen Vorarbeiten in Kommission und Fraktionen waren zunächst durch eine Frontlinie quer durch die meisten Parteien gekennzeichnet, bei der sich «SRG-Monopolisten» und Verfechter einer liberaleren, pluralistischen Position scheinbar fast unversöhnlich gegenüberstanden. Bei solchen Konstellationen arteten in letzter Zeit die Plenarverhandlungen regelmässig in «Kommissionssitzungen» mit Dutzenden von Anträgen aus, die individuellen Einfällen oder «Motivierungen» von ausserparlamentarischen Aktivisten entsprangen. Die Diskussionen wurden dadurch unübersichtlich, die Entscheide waren nur allzu oft von zufälligen «Klima-Umstürzen» aus dem Augenblick heraus geprägt.

Beim Radio- und Fernsehgesetz war es für einmal anders, sozusagen wie in guten alten Zeiten. Die Kommission unter Leitung von Lilian Uchtenhagen, einer Sozialdemokratin, die sonst nicht im Verdacht übertriebenener «Konsenssucht» steht, raufte sich in beharrlicher, sachlich fundierter Detailarbeit über anderthalb Jahre hinweg immer mehr zusammen. Und dort, wo Diffe-

renzen unüberwindlich blieben, wurden sie ohne Augenwischerei in klaren Mehrheits- und Minderheitsanträgen zuhanden des Plenums formuliert. Die Kommission wurde auch immer resistenter gegenüber allzu einseitigen Anliegen von aussen, jene der SRG eingeschlossen.

Zwar wurden im Plenum dann doch wieder dreissig zusätzliche Einzelanträge eingebracht. Das änderte aber nichts dran, dass die Kommission das Heft unmissverständlich in den Händen behielt. So wurde schliesslich ein Gesetz zuhanden des Ständerates verabschiedet, das einen politisch breit abgestützten Kompromiss in gut eidgenössischem Sinne darstellt. Es gibt im Grunde weder Sieger noch Besiegte. Das SRG-Monopol wurde zwar relativiert, doch blieb die nationale Klammerfunktion dieser Institution unangestastet. Andererseits wurde die mit dem

Versuchsbetrieb der Lokalradios eingeleitete Liberalisierung im Bereich der elektronischen Medien fest und nicht allzu eng kodifiziert, wobei die Interessen der Presse wie des Staatsbürgers als «Konsumenten» angemessen berücksichtigt wurden. Natürlich bleiben verschiedenste Wünsche verschiedenster Kreise teilweise unerfüllt. Doch das ist bei einem dermassen komplexen Problemkreis mit so sehr auseinanderstrebenden Interessen unvermeidlich.

Was die medienpolitisch zentrale Frage der Pluralisierung betrifft, so ist zu hoffen, dass sich die verschiedenen Interessengemeinschaften privater Fernsehprojekte nicht in allzu harte «Verdrängungswettbewerbe» verstricken. Die «Lachende Dritte» im Kampf um die vierte Senderkette könnte dabei nur die SRG sein, die ihre relativierte Monopolsituation damit praktisch voll zurückzugewinnen vermöchte.

Richard Reich

Wo bleibt der Sparer?

Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass die Zinsen eine *steigende Tendenz* eingeschlagen haben. Das Geldangebot ist knapper geworden. Der Preis gerät in einen nach oben gerichteten Sog. Die Ursache, die an der Basis dieser Entwicklung liegt, heisst: *Kampf der Inflation*, die wieder virulenter geworden ist — auch in der *Schweiz*. Das «Stabilitätsmusterländle» von einst leistet sich momentan eine Inflationsrate von 3,5%. Es befindet sich denn auch nicht mehr an der Spitze jener Liste, die in dieser Beziehung die Rangordnung der Tugendhaftigkeit spiegelt. Es kann aus diesem Grunde

gewiss nichts schaden, wenn der Inflationsbekämpfung eine erhöhte wirtschaftspolitische Priorität eingeräumt wird. Die Nationalbank als wichtigste Hüterin der Geldwertstabilität sitzt deshalb weiter am *Bremshebel*. Eine Abkehr von dieser Strategie scheint so rasch nicht in Sicht zu sein, weil Abkühlungsübungen dieser Art Zeit brauchen.

Die Feststellung, dass die Zinsen steigen, bringt eine generelle Aussage zum Ausdruck; sie trifft nicht notwendigerweise auf die *einzelnen* Zinssätze in gleicher Weise zu. Die Zinsen auf *Sparguthaben* jedenfalls bekunden in

solchen Zeiten stets einige Mühe, dem Trend zu folgen. Es gibt noch heute Banken, die den Inhabern von Sparguthaben 3,5% vergüten. Der Realzins ist deshalb für sie auf Null gesunken; er gerät in Zeiten zunehmender inflationärer Turbulenzen für die konservativen Sparer, und das sind in der Regel die *Kleinsparer*, die die Möglichkeiten alternativer Anlagestrategien kaum kennen, unter Druck, bzw. schreckt selbst davor nicht zurück, *negativ* zu werden.

Die Banken, die sich bei der Heraufsetzung der Zinsen für Sparkonti schwer tun, weisen stets auf den engen Zusammenhang zwischen den Sparkonti und der Hypothekarzinsfinanzierung bzw. zwischen dem Zinssatz für Sparkonti und dem *Hypothekensatz* hin. Und weil nach oben gerichtete Bewegungen beim Hypothekensatz einen erheblichen politischen Wirbel auslösen, also die Mieterlobby ihre akustische Präsenz verstärkt, verspüren die Banken verständlicherweise einige

Hemmungen, an dieser Zinsschraube zu drehen. Der Kleinsparer dagegen hat *keine Lobby*; seine Interessen lassen sich deshalb negieren; sie sind politisch nicht wirksam. Der Kleinsparer ist mithin derjenige, der bei diesem Spiel durch die in Gang gesetzte (kalte) Einkommensverteilung die *Zeche* bezahlt.

Es gibt indessen immer mehr aufgeklärte Kleinsparer, die den schlechten Braten, der ihnen da aufgetischt wird, «riechen». Sie beginnen in besser rentierende Anlageformen umzuschichten. Dieser Prozess hat denn auch eingesetzt. Eine «klassische» Quelle für die Hypothekarfinanzierung beginnt *unergiebig* zu werden. Die Banken müssen auf höher verzinsliche Gelder zurückgreifen. Der Hypothekarzinsfuß kommt unter Druck. Das Ganze gleicht mehr einem Rennen um die Zeit, bei dem der Kleinsparer wenig Chancen hat, in den vorderen Rängen mitzuspurten. Sehr erhebelnd kann dieses Schauspiel wohl nicht genannt werden.

Willy Linder

Das Unvorhergesehene

I. Wer verliert, gewinnt

Zwei Okkupanten ziehen sich zurück: die Sowjets aus Afghanistan, die Vietnamesen aus Kambodscha. Damit würden, war die Meinung, die von ihnen eingesetzten Führungen als Marionettenregierungen verschwinden. So aber kam es bisher nicht: Najibullah bleibt Präsident, Kabul ist nicht bedroht. Die Widerstandskämpfer haben keine einzige Stadt erobert, und ihre verschiedenen Führer haben keine

Regierung gebildet, die überzeugt, die verantwortlich für das ganze Land spricht und handelt.

Religiös, ethnisch, auch geographisch ist das Afghanistan des Widerstands keine Einheit; es bilden sich kleine Feudalherrschaften, die zu keiner gemeinsamen Strategie fähig sind. Es ist, als wäre mit dem Rückzug der Einheiten der Roten Armee der sichtbare Feind abhanden gekommen und

als gäbe es keine Hemmung mehr, sich in Kämpfe untereinander zu verstricken. Die von Hekmatyar geführten Fundamentalisten — einst mit Waffenerlieferungen begünstigt — gehen gewaltsam gegen andere Gruppen vor. In Pakistan schwindet die Hoffnung, die Millionen Flüchtlinge abziehen zu sehen; alle Versuche der Einflussnahme, sowohl Pakistans wie des Westens, um die Einheit der Mudjaheddins zu fördern, sind gescheitert. Nun empfiehlt Benazir Bhutto erstmals den Kämpfern, sich mit Najibullah zu verständigen, einen Kompromiss zu suchen.

Es ist nichts Unerhörtes und Einzigartiges, dass eine Résistance nicht geeignet ist — man denke an die Kämpfe zwischen Titos Partisanen und den serbischen Tschetniks im Weltkrieg, im Befreiungskampf gegen Deutsche und Italiener.

In Afghanistan hat die lange Zeitspanne von bald acht Jahren zu einer Entfremdung zwischen Exilpolitikern und Kämpfern geführt. Es gab keinen afghanischen de Gaulle. Vom Odium der Invasion und Besetzung befreit, kann die Sowjetunion wieder mitspielen und einen Einfluss geltend machen, den ihr im Westen vor der Invasion niemand streitig gemacht hatte. Najibullah hat an Ansehen gewonnen. Heute sieht der militärische Rückzug der Sowjets nicht mehr wie eine Niederlage aus.

Vietnam, eine regionale Grossmacht im militärischen Sinn, aber wirtschaftlich am Boden, hat in Phom Penh vor dem Abzug der Truppen die zehn Jahre der Besetzung als Befreiung von den Schrecken der Roten Khmer gefeiert. Ein Korrespondent von *«The New Yorker»* (17. Juli), der dabei war, berichtet, dass ein Ballett zu diesem Anlass die

Geschichte Kambodschas evozierte, aber die «Verdienste» des Vietnam zum Verdruss der anwesenden Vertreter nicht berücksichtigte. Die Besetzer waren unbeliebt, doch sieht das Volk sie nicht mit ungetrübter Freude gehen; denn ein Teil der kambodschanischen Kräfte, die das Erbe antreten, sind wiederum die «Khmer Rouge», die über eine Million ihrer Landsleute massakriert hatten und sich in den Flüchtlingslagern mit Duldung Thailands oft als entscheidende Kraft durchgesetzt haben. Ihre Milizen werden gefürchtet.

Die Versuche einer Einigung im unabhängigen Kambodscha sind gescheitert. Der frühere König Sihanouk, der immer noch eine Legitimität verkörpert, hatte sich mit den «Khmer Rouge» eingelassen, ganz auf China gesetzt, hat aber immerfort seine Meinung gewechselt, wirkte sprunghaft, unberechenbar — doch mag sein, dass die Verhältnisse ihm keine Konsequenz gestattet haben und dass er noch eine politische Rolle spielen wird. Inzwischen hat Premierminister Hen San an Statur gewonnen, sich geschickt und sogar eindrucksvoll verhalten. Die Kambodschaner sahen sich — ich zitiere *«The New Yorker»* — «zwischen dem Tiger und dem Krokodil». Der Tiger verschwindet, das Krokodil bleibt. Staatssekretär Baker nennt die «Khmer Rouge» *«a fact of life»*. Unter ihrer Terrorherrschaft wurden zwei Millionen Menschen, alle Bewohner der Hauptstadt, aus ihr vertrieben. Jetzt zählt Phom Penh wieder eine Million Einwohner und kennt nach anderen Berichten Luxus, der zu der Armut der Landbevölkerung in extremem Kontrast steht.

Afghanistan, Kambodscha — zwei Abzüge fremder Armeen, aber kein Schlusstrich.

II. «Gorby, hilf!»

Die Menschen der DDR — «Bürger» ist im Polizeistaat kaum die zutreffende Benennung — blicken in zwei Richtungen über die Grenzen. Während die sich formierenden, Anerkennung beanspruchenden Oppositionsgruppen nach einem reformbereiten Sozialismus rufen, blicken nicht nur die legal und nicht legal Ausreisenden auf die Bundesrepublik und erhoffen eine Angleichung an deren Niveau von Wohlstand und an deren Freiheiten. Einst spottete Bertolt Brecht in seinem schwächsten Gedicht über «*democracy*», schon vom Wort her als amerikanischer Schwindel erkennbar. Das tut nunmehr nicht einmal der bisher linientreue Hermann Kant; und die chinesischen Studenten hatten die Freiheitsstatue als Symbol gewählt.

Schon als Jugendliche, die ein Rockkonzert von jenseits der Mauer hörten, zerstreut wurden, riefen sie «Gorbatschew!». Das Licht aus dem Osten... Er war Hoffnungsträger, dessen Anrufung immerhin nicht als feindseliger Akt, als Verrat am Sozialismus geahndet werden konnte. Und zu Anlass der verunglückten 40-Jahr-Feier hat der sowjetische Präsident und Parteiführer davon gesprochen, dass eine «*perestroika*» nicht nur für die Sowjetunion nötig sei.

Mittlerweile hält die Front der Verweigerer — Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei, DDR zusammen, auch wenn es in den beiden letztgenannten Staaten Symptome der Verunsicherung vielleicht eines sich anbahnenden Wandels gibt.

Dass in der DDR «Gorby» eine Losung wurde, ist verständlich. Weniger verständlich ist, wenn vom Westen aus Gorbatschew angerufen wird, hier

zum Rechten zu sehen, als seien ihm die Reformen und die Freiheiten wichtiger als die Herrschaft der Kommunistischen Partei, für die er im eigenen Reich keine Alternative duldet.

Was in Polen, in Ungarn geschieht, ist keine Abkehr von den Fehlern und Sünden von Stalin und Breschnew; es ist Entkommunisierung und wirkt ermutigend auf entsprechende Strömungen in den drei baltischen Republiken und über sie hinaus, schlägt also nach innen. Gorbatschew muss es dulden, gute Miene zu einem Spiel machen, das ihm nicht zusagen kann; aber kommunistische Regimes anderswo zu unterminieren, ist sein Interesse nicht. Die Vorstellung, dass der Russe in Osteuropa das besorgen soll, was der Westen dort gern sähe, aber selber nicht fördern kann, ist abwegig. Ist die Alternative zu den «bösen» Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei die «gute» Intervention?

Dass die Erringung der Unabhängigkeit von der sowjetischen Vorherrschaft nicht notwendig zu Demokratie führt, beweist das krisengeschüttelte Jugoslawien, dessen Föderalismus nicht funktioniert, das — im Gegensatz zu Polen und Ungarn — viele politische Gefangene hat und wo eben jetzt gegen einen albanischen Politiker ein Prozess im alten Ungeist geführt wird. Die zunächst gefeierten Reformen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung haben in ebenso tiefe Krisen geführt wie die zentralisierte Planwirtschaft.

Die Slowenen fühlen sich an wirtschaftlicher Leistung und kultureller Reife den Serben so überlegen wie die Balten den Russen — auch hier hat das Machtzentrum kein Prestige. Dass

Jugoslawien, das auf dem Weg der nationalen Befreiung vorangegangen ist, wie eine kleine Sowjetunion wirkt, ein Mehrvölkerstaat ohne inneren starken Zusammenhalt und nicht wie Polen oder Ungarn, gehört ebenfalls zu

den nicht vorausgesehenen Entwicklungen, ist aber angesichts der vielfältigen Verbindungen Jugoslawiens mit dem Westen als labiler vorläufiger Zustand zu betrachten. Mindestens darf das gehofft werden.

François Bondy

Was hat der Schweizer im Schlafzimmerschrank und auf dem Frühstückstisch?

Höchstwahrscheinlich Technik und Know-how aus Neuhausen am Rheinfl. Die stecken im Sturmgewehr genauso wie in fast allen Butter- und Cornflakes- und Kaffee-Packungen. So bekannt nämlich hierzulande die SIG-Armeewaffe ist, so geschätzt sind SIG-Verpackungsmaschinen weltweit. Doch der Name SIG steht für noch mehr:

An rund 5000 Arbeitsplätzen im Stammhaus und in den Tochtergesellschaften in der Schweiz und im Ausland entwickeln und bauen die Ingenieure und Facharbeiter der SIG auch Drehgestelle für Schienenfahrzeuge, Stollenlokomotiven, Antriebssysteme, Bau- und Bergbaumaschinen, Werkzeugmaschinen und Transportgeräte.

**SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft
Neuhausen am Rheinfl**

